

Anlage 2

Stellungnahmen der Verbände zu digitaler Souveränität

Um die Bedarfe der Münchner Unternehmen mit Bezug zu digitaler Souveränität in Erfahrung zu bringen, wurden Stellungnahmen von lokalen Wirtschaftsverbänden wie Der Mittelstand. BVMW e.V., der Handwerkskammer für München und Oberbayern sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern eingeholt.

1. Stellungnahme des Der Mittelstand. BVMW e.V.

Die Diskussion um digitale Souveränität gewinnt in Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Entscheidungsverantwortliche – auch im Mittelstand – erkennen die Notwendigkeit, strategische Handlungsfähigkeit und Kontrolle über kritische Daten und Prozesse zu sichern. Dies geht einher mit einem wachsenden Bewusstsein für die Chancen, die sich aus der Nutzung europäischer Technologien und offener Standards ergeben. Transparenz, Datenschutz und langfristige Planbarkeit werden dabei zu zentralen Kriterien für die Auswahl digitaler Infrastruktur.

Der Mittelstand sucht aktiv den Dialog mit Institutionen und Initiativen, die sich für eine stärkere technologische Eigenständigkeit Europas einsetzen. Im Fokus stehen dabei Lösungen, die nicht nur rechtliche und ethische Anforderungen erfüllen, sondern auch die Flexibilität bieten, digitale Infrastruktur bedarfsgerecht und eigenständig zu gestalten. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen ist es entscheidend, dass sie die Hoheit über ihre Daten behalten und selbstbestimmt entscheiden können, wie und wo sie ihre digitalen Anwendungen betreiben – sei es in zertifizierten Rechenzentren innerhalb Europas oder in eigenen Infrastrukturumgebungen. Eine solche Gestaltungsfreiheit ist essenziell, um sensible Geschäftsprozesse und vertrauliche Informationen vor unkontrollierten Zugriffen zu schützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die Investition in europäische Technologien und offene Systeme bietet dem Mittelstand nicht nur die Möglichkeit, Abhängigkeiten zu verringern, sondern auch, Innovationspotenziale zu erschließen. Aktuell fließen erhebliche finanzielle Mittel in Lizenzen und Dienstleistungen internationaler Anbieter. Eine gezielte Umlenkung dieser Investitionen in heimische Projekte und europäische Entwicklungen könnte nicht nur die technologische Eigenständigkeit fördern, sondern auch Wertschöpfungsketten in der Region stärken. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um Steuergelder und Innovationskraft nachhaltig in Europa zu verankern und die digitale Transformation des Mittelstands aktiv mitzugestalten.

Entscheidend für den Erfolg ist der Aufbau eines lebendigen Ökosystems, das interoperable und souveräne Alternativen bietet. Die Stärke internationaler Anbieter liegt oft nicht in der Überlegenheit einzelner Produkte, sondern in der nahtlosen Verknüpfung umfassender Lösungsportfolios. Europa steht hier vor der Aufgabe, ähnliche Synergien zu schaffen – durch die Förderung von Kompatibilität, Standardisierung und der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen, Forschung und Wirtschaft. Nur so lässt sich eine echte Wahlfreiheit für Unternehmen schaffen und die digitale Souveränität Europas langfristig sichern.

Für den BVMW e.V. ist klar: Digitale Souveränität ist kein Selbstzweck, sondern eine strategische Chance für den Mittelstand. Sie ermöglicht es Unternehmen, ihre digitale Zukunft selbst zu gestalten, Innovationen voranzutreiben und gleichzeitig die Werte und Standards zu wahren, die Europa ausmachen. Die Stärkung dieser Fähigkeiten ist daher von herausragender Bedeutung – für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und für die wirtschaftliche und technologische Handlungsfähigkeit Europas insgesamt.

2. Stellungnahme der Handwerkskammer für München und Oberbayern

Die drei von Ihnen zur Definition der Digitalen Souveränität für die Landeshauptstadt München angeführten Schlüsselbegriffe „Selbstständigkeit“, „Selbstbestimmtheit“ und „Sicherheit“ bilden auch nach unserem Verständnis die wichtigsten Kriterien einer entsprechenden Definition ab. Dabei führen Sie Ihre strategischen Komponenten der Digitalen Souveränität durch die Komponenten „Wechselmöglichkeit“, „Gestaltungsfähigkeit“ und „Einfluss auf Anbieter“ auf. Eine Wechselmöglichkeit von einem Anbieter zum anderen sowie zwischen IT-Lösungen und IT-Komponenten dürften in der Praxis sehr schwer zu realisieren sein, da alle drei Punkte direkt und indirekt wesentlich miteinander verbunden sind. Ein Wechsel von IT-Architekturen dürfte nur im Bereich von Global Playern überhaupt möglich sein, wobei hier wiederum die Selbstbestimmtheit in Frage zu stellen ist. Auf europäischer Ebene dürfte das aber durchaus realisierbar sein. Inwieweit dabei die Systeme so offen sind, dass die öffentliche Verwaltung in der Lage ist aktiv mitzugestalten muss allerdings hinterfragt werden.

Das Projekt der Mittelstandsfreundlichen Verwaltung hat die dargestellte Problematik nur allzu deutlich widerspiegelt. So können individuell entwickelte Programme zum Teil sehr gut die Bedürfnisse von Handwerk und Mittelstand abbilden, im Bereich der Schnittstellen kommt es aber regelmäßig zu Verwerfungen, die einen Austausch zwischen den einzelnen Referaten massiv erschweren und behindern. Die Erwartung von Handwerk und Mittelstand besteht aber genau darin, dass einmal gelieferte Daten nicht regelmäßig neu erfasst werden müssen, sondern zwischen den einzelnen Beteiligten jederzeit zur Verfügung stehen. In laufenden Genehmigungsverfahren müssen die Abstimmungsprozesse zwischen den Referaten ebenfalls ohne Bruch erfolgen können. Hier kommt es jedoch zu Reibungsverlusten, die von unseren Betrieben regelmäßig beklagt werden. Eine entsprechende Weiterentwicklung der IT setzt aber voraus, dass in einem ersten Schritt die Effizienz der Prozesse in den einzelnen Referaten überprüft und ggf. neu aufgesetzt werden. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, macht es Sinn, die EDV-Prozesse entsprechend anzupassen.

In Anlehnung an unser Gespräch vom Sommer dieses Jahres möchten wir nochmal darauf hinweisen, dass unsere Betriebe zwar sehr innovativ und kreativ sind, was die Entwicklung von differenzierten EDV-Nutzungen sind bis hin zum Einsatz künstlicher Intelligenz sind, im Hinblick auf die rechtlichen Fragen und vor allem damit verbunden die praktische Umsetzung bestehender Normen aber oftmals vollkommen überfordert sind. Hier würde es sich anbieten, von städtischer Seite eine Plattform für Austausch und Vernetzung zu schaffen, die wesentlich mit dazu beitragen könnte bestehende Probleme zu lösen. Besonders hilfreich wäre es dabei, wenn die Landeshauptstadt im Querschnitt ihrer Kompetenzen den einen oder anderen Experten für diese Runde abstellen könnte, um möglichst zielgerichtet Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

3. Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern

Zum Stadtrats-Antrag „Digitale Souveränität als strategisches Leitprinzip III – mehr Innovation für mehr Unabhängigkeit“

Hier: Bedarfe der Unternehmen

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft bei digitalen Technologien von ausländischen Partnern, konkret den USA und China, abhängig ist: 53 Prozent der deutschen Unternehmen schätzen, dass sie maximal 12 Monate ohne ausländische Digitalimporte überleben könnten (Bitkom, Digitale Souveränität). Gravierender ist, dass die Hälfte der Unternehmen keine Möglichkeit sieht, sich gegen Druck ausländischer Partner oder Regierungen zu wehren.

Zeitgleich verdeutlicht der aktuelle politische Diskurs, dass die digitale Souveränität – hier verstanden als die Entscheidungsfreiheit, in welchem Umfang aus welchem Drittland digitale Technologien bezogen werden sowie die Fähigkeit eigene digitale (Schlüssel-)Technologien zu produzieren (Bitkom, Digitale Souveränität) - unabdingbar ist, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern.

Die Wirtschaft braucht eine *strategische Autonomie* in Europa, um strukturelle Abhängigkeiten von digitalen Technologien zu reduzieren, Verfügbarkeiten und Daten zu sichern und Wahlmöglichkeiten zu schaffen.

Dies bedeutet vor allem:

- **Handlungs- und Gestaltungsrahmen** für die Digitale Souveränität schaffen unter anderem durch einen innovationsfreundlichen regulatorischen Rahmen sowie die EU-weite Koordination von Cybersicherheitsmaßnahmen.

=> Dabei ist es auch wichtig, Unternehmen bei der Umsetzung bestehender Regularien zu unterstützen, damit sie nicht Hemmnis für die Digitalisierung werden. So stellt z.B. der KI Innovationsbeschleuniger des Freistaats zur Umsetzung des AI Acts eine hilfreiche Unterstützung dar. Ergänzend dazu könnte z.B. die Stadt München ein Angebot zur Unterstützung bei der Umsetzung weiterer digitalrelevanter Regulierungen anbieten.
- Produktionskapazitäten strategischer **Hardwarekomponente & Infrastruktur** steigern, bspw. durch den beschleunigten Ausbau der Breitband- und Mobil-Infrastruktur. Gleichzeitig bestehende und geplante AI Factories (wie HammerHAI mit dem Leibniz Rechenzentrum) & Gigafactories nutzen, um KMU und Startups einen niedrighschwelligen sowie kurzfristigen Zugang zu neuen Rechenleistungen zu ermöglichen.
- Europa als internationalen Leitstandort für die Entwicklung und wirtschaftliche Nutzung innovativer **Software**lösungen aufbauen:
 - Investitionen in die Entwicklung und Nutzung von Schlüsseltechnologien, wie bspw. KI und Quantencomputing sind unabdingbar. Hier liegen Münchens Stärken mit hervorragender Wissenschaft und vor allem Unternehmen und Startups, die diese innovativen Schlüsseltechnologien voranbringen.
=> Das Ökosystem und die Vernetzung der verschiedenen Akteure sollte – wie z.B. im Munich Urban Colab - weiter verstärkt werden.
 - Open Source soll als ein strategischer Baustein genutzt werden.
=> Dabei sollte die Open Source Community aktiv und vor allem hinsichtlich IT-Sicherheit unterstützt werden.
 - Vor allem aus KMU-Sicht liegt der eigene Handlungsspielraum bei digitaler Souveränität vor allem in der bewussten Auswahl und Einsatz resilienter Software- und teilweise Hardware-Lösungen. Hierfür braucht es jedoch mehr Knowhow und Transparenz für eine kompetente Entscheidungsfindung.
=> Ein entsprechendes Informationsangebot sollte ausgebaut werden, das Unternehmen zum Thema sensibilisiert und Handlungsoptionen aufzeigt, die Unternehmen ergreifen können, um sich digitale resilienter aufzustellen, u.a. Lösungen aus der EU präsentiert, ...

- Die öffentliche Hand soll als Ankerkunde – dort, wo es effizient möglich ist – einen Beitrag leisten zur Stärkung hiesiger Innovationen und Lösungen.
=> Dies kann auch in der öffentlichen Vergabe in der Landeshauptstadt berücksichtigt werden.

Die IHK für München und Oberbayern steht für Kooperationen mit der Landeshauptstadt München zu diesem Thema gerne zur Verfügung – z. B., um in einem gemeinsamen Angebot an die Münchner Unternehmen diese besser zu informieren und digital resilientere Handlungsoptionen aufzuzeigen.